## Veranstaltung vom 16. November 1987 in der ev.-reform. Kirche in Leipzig > Sozialer Friedensdienst - von der Notwendigkeit zur Wicklichkeit =

## Vorschlag zur Einrichtung einen zurlen Ersetzdienstes: SCZIALEN DER ELENSDIENST

auf Grund des bestehenden Vernichtungsvotentials ist die Sicherung des Friedens nicht länger durch das Prinzip der Abschreckung, sondern nur durch eine Sicherheitspartserschaft zu gewährleisten. Die weltweite Hochrüstung beausprucht immer größere Teile des kationaleinkommens und der natürlichen Ressourcen der Staaten, während für die Mehrheit der Weltwevölkerung das Existenzminimum kahm noch gesichert werden kann. Das kann sich die Menschheit und auch unsere Gesellscha finicht länger leisten. Deshelb können wir es mit unserem Gewissen nicht mehr vereinbaren, Dienst im militärischen Bereich zu tun.

Der Einsats als Bausoldat oder die Vereiterung des Militärdienstes sind dezu keine ausreichende Lösung, da für Beusoldsten die Unterstellung unter militärische Strukturen besteht, und für Verseigerer eine ungeklärte Rechtspraxis existiert.

Auf der Grundlage der verfassungsmäßig garentierten Glaubens- und Gewissensfreiheit wollen wir a us christlicher Verantwortung für die Schöpfung und der huma nistischen Verpflichtung zur Ehrfercht vor dem Leben unseren Einsatz nur im sozia len Bereich leisten. Port hat unsere Gesellschaft des Engagement ihrer Bürger besonders nötig. Daher fordern wir die Einrichtung eines sozialen Friedensdienstas.

Zur Realisierung schlagen wir folgende Regelung vor:

- 1. Jeder Wehrpflichtige hat ohne Binschränkung das Recht, sich für die Ableistung des sozialen Friedensdienstes zu entscheiden.
- 2. Die Entscheidung zum sozialen Friedensdienst het vor der Einberufungsüberprüfung bzw. vor der Einberufung zur Reserve schriftlich beim Wehrkreiskomma nde zu erfolgen. Mit der Registrierung beim Wehrkreiskommande unterstehen die den sozialen Friedensdienst Leistenden nicht mehr dem Ministerium
  für Nationale Verteidigung.
- 3. Die Da wer des sozialen Friedensdienstes kann bis zu 24 Monaten betragen oder wird analog dem Wehrdienst geregelt.
- 4. Der Binsatz erfolgt im sozialen Bereich mit einer Unterstellung unter das Ministerium für Gesundheitswesen.
- 5. Die finanziellen und sozialen Leistungen werden denen der Wehrdienstpflichtigen gleichgesetzt.
- 6. Die Ausbildung erfolgt nur der sozialen Zielsetzung entsprechend.
- 7. Die Rechte der den sozialen Friedensdienst Leistenden werden auf der Grundlage des AGB geregelt (außer Entlehnung, Urlaub, Kündigung).
- 8. Die den sozialen Friedensdienst Leistenden tra gen keine Uniform.
- 9. Die den sozialen Friedensdienst Leistenden legen keinen Eid oder Gelöbnis ab.
- 10. Aus der Entscheidung für den sozialen Friedensdienst dürfen keine Nachteile inbezug auf Weiterbildung und berufliche Qualifikation erwachsen.

Lit diesem Vorschlag wollen wir einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung leisten und schließen uns der Resolution der Monschenrechtskommission der UNO vom Mei 1987 über das Recht auf Wehrdienstverweigerung an.

Leipzig, November 1987

Innerkirchlich! LO 11/87/02